

Zwei brisante Volksinitiativen lanciert

Umdenken in Primarschule Aufruhr im Bildungswesen: Ex-Grünen-Landrat Jürg Wiedemann und die Starke Schule beider Basel wollen Frühfranzösisch abschaffen und Handys verbieten.

Benjamin Wirth

Jürg Wiedemann bittet hinein, in den ersten Stock seines unscheinbaren Hauses an einer unscheinbaren Seitenstrasse irgendwo in Birsfelden – einem Ort, der zuerst einmal nicht so wirkt, als würden hier die grossen politischen Themen diskutiert. Doch der Eindruck täuscht. Im ersten Stock hat Wiedemann das Sekretariat der Starken Schule beider Basel eingerichtet. Das ist der Verein, den er vor Jahren gegründet hat und der immer wieder mit markanten bildungspolitischen Zwischenrufen auf sich aufmerksam macht. Auch an diesem kühlen Herbstmorgen lädt der pensionierte Oberstufenlehrer und ehemalige Baselbieter Landrat in seine freundliche Stube ein, um den Medien zwei neue Volksinitiativen zu präsentieren, die es durchaus in sich haben.

Vor allen Dingen soll Druck ausgeübt werden

Zusammen mit seinem Team will er, dass sich an den Primarschulen im Kanton Baselland ein paar grundlegende Dinge ändern. Zum einen sind Wiedemann und Co. der Meinung, dass zwei Fremdsprachen für viele Kinder zu viel seien und sie überforderten. Sinnvoller wäre es, auf eine Sprache zu verzichten – und dafür mehr Zeit in Deutsch und Mathematik zu investieren. Die erste Initiative der Starken Schule fordert daher, dass Englisch ab der fünften Klasse unterrichtet wird und der Französischunterricht erst in der Sekundarschule beginnt. Das andere Begehren richtet sich gegen die Turbodigitalisie-



Jürg Wiedemann und die Starke Schule beider Basel wollen grundlegende Dinge ändern. Foto: Dominik Plüss

rung. Wiedemann findet, dass gerade die jungen Schüler viel zu früh mit Laptops, Tablets oder Handys zu tun hätten. Der Einsatz gehöre eingeschränkt. Die zweite Initiative möchte, dass die Primarschulkinder in der Schule keine eigenen digitalen Geräte erhalten. Es sind das unbestritten brisante Anliegen, die die Starke Schule vors Volk bringen möchte. Das weiss auch Wiedemann, obschon er betont: «Beide Initiativen sind moderat formuliert.»

Geht es um die Digitalisierung, soll eine beschränkte Nutzung von Laptops und Tablets ab der fünften Klasse etwa erlaubt sein. Dem ehemaligen Landrat, der nach einem Zerwürfnis mit den Grünen zur GLP gewechselt ist, gehe es vor allem darum, Druck auszuüben, sagt er. Gerade bei der Fremdsprachen-Initiative gibt es jedoch noch ungeklärte Fragen. Etwa ist unklar, ob das Baselbiet allein überhaupt handlungsfähig ist. So

hat die jurassische SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider angedroht, die Kantone künftig zu verpflichten, eine zweite Landessprache auf der Primarstufe zu unterrichten. Trotzdem drückt die Starke Schule nun aufs Tempo und will schon bald mit der Unterschriftensammlung beginnen. Grund: Nebst dem Baselbiet wird auch in anderen Deutschschweizer Kantonen darauf gedrängt, das Fremdsprachenkonzept zu über-

arbeiten. Aufgrund dieses Widerstands ist offen, ob sich der Bundesrat durchsetzen kann. Streitpunkt ist das Frühfranzösisch, dessen Nutzen zuletzt immer häufiger infrage gestellt wurde. Auch was Wiedemann denkt, ist klar: «Das Konzept ist gescheitert», betont er. Analoges Lernen sei «weit nachhaltiger»

Einfacher umzusetzen wäre im Baselbiet wahrscheinlich die Digitalisierungs-Initiative. Dieses Thema sorgt im Kanton ebenfalls für Diskussionen. Verschiedene Primarschulen haben selbstständig ein Handyverbot eingeführt. Die Starke Schule will nun eine flächendeckende Regelung. «Heute beträgt die Bildschirmzeit vieler Jugendlichen sechs bis zehn Stunden pro Tag», erläutert Wiedemann. Die Schule solle nicht zusätzlich dazu beitragen, «kein IT-Arbeitsplatz» für kleine Kinder sein – insbesondere, weil das analoge Lernen «weit nachhaltiger» sei. Dass die Starke Schule ausgerechnet jetzt mit zwei Volksbegehren aufmuckt: Das ist in jedem Fall bemerkenswert. Einerseits ist es schon mehrere Jahre her, dass der Verein zuletzt eine Initiative lanciert hat. Andererseits läuft im Baselbiet gerade der Wahlkampf um die frei werdende Bildungsdirektion. Das jetzige Engagement sei allerdings nicht als «Drohung» zu verstehen, sagt Wiedemann. Alle drei Kandidaten – Caroline Mall (SVP), Markus Eigenmann (FDP) und Sabine Bucher (GLP) – seien vorab über die beiden Anliegen informiert worden. Und alle drei hätten durchaus Sympathien dafür gezeigt.

Basler Regierung will mehr private Parkplätze schaffen

Projekt «Parkplätze im öffentlichen Raum verhindern vielerorts sichere Velostreifen, Bäume entlang der Strassen oder Aufenthaltsflächen», schreibt der Kanton gestern in einer Mitteilung und informiert: «Der Regierungsrat möchte öffentliche Strassenparkplätze in private Tiefgaragen verlagern.» So wolle er für mehr Stadtgrün, Aufenthaltsmöglichkeiten und Veloinfrastrukturen sorgen. Der Regierungsrat lege hierfür ein Konzept vor, um Quartierparkings zu entwickeln und um mehr private Parkplätze zur Verfügung zu stellen.

«Dringender Bedarf»

Am «dringendsten» sei der Bedarf an Parkplätzen im Kleinbasel. Dieser solle mit der teilweisen «Umwidmung» des bestehenden Novartis-Parkhauses Klybeck gedeckt werden sowie mit der geplanten Überbauung der Messehalle 3. Im Grossbasel bestehe im östlichen Teil des Gundeli-Quartiers ein Bedarf für ein Quartierparking, konkreter im Raum Dreispitz, sowie im östlichen Teil des Iselinquartiers im Raum Colmarerstrasse und Wasgenring. Unter einem Quartierparking versteht der Kanton etwa ein «kantonseigenes, öffentlich zugängliches Parkhaus mit einer Mischung aus Kurzzeitparkplätzen, fest vermieteten Parkplätzen und unterschiedlichen Dauerparkkanten». Denkbar sei auch die Erweiterung einer Tiefgarage, die im Rahmen einer neuen Überbauung geplant sei. Zusätzliche Parkplätze könnten an die Bevölkerung aus der Umgebung vermietet werden. Die Parktarife sollen sich an den Marktpreisen privater Parkplätze orientieren. Für die Umsetzung des Konzepts beantragt der Regierungsrat beim Grossen Rat «einmalige Ausgaben» von 660'000 und «wiederkehrende Ausgaben» von 115'000 Franken pro Jahr. (mhu)

Leserbriefe

Ausgabe vom 10. Oktober
«56 Prozent wollen AKW-Neubau wieder ermöglichen – auch die Mitte-Basis»

Die Schweiz braucht neue Kraftwerke
Am Bau neuer Atomkraftwerke oder vergleichbarer, noch zu entwickelnder Technologien führt kein Weg vorbei. Für eine sichere Energieversorgung braucht es Energiequellen, die völlig unabhängig von den Naturbedingungen funktionieren und in der Lage sind, die unbedingt notwendige Bandenergie rund um die Uhr ins Netz zu liefern. Das können weder Solar- noch Windkraftanlagen leisten. Auch Laufkraftwerke liefern Bandenergie, stehen in der Schweiz jedoch nur in begrenztem Umfang zur Verfügung. In Spitzenzeiten, wenn besonders viel Energie benötigt wird, decken vor allem die in den Alpen gelegenen Wasserkraftwerke den Mehrbedarf. Diese Kraftwerke und ihre Stauseen werden durch Gletscherschmelze, Schnee und Regen gespeist. Ohne sie wäre die Energieversorgung der Schweiz nicht möglich. Durch die globale Erwärmung drohen jedoch Gletscher und Schneereserven zu verschwinden. Damit würden viele dieser Kraftwerke austrocknen und un-

brauchbar werden – und die Schweiz wäre nicht mehr in der Lage, sich selbst mit genügend Energie zu versorgen.
Jaromir Hak, Arlesheim

Ausgabe vom 8. Oktober
«Fans berichten: Sicherheitsdienst habe FCB-Ultras «freundlich die Tür geöffnet»

Verlust des Stammplatzes
Nach den unrühmlichen Ereignissen beim Spiel FCB gegen VfB Stuttgart, die das Publikum verstört und verärgert zurückliessen, ist die Aufarbeitung durch die Clubführung noch nicht abgeschlossen. Es heisst, man habe unterschätzt, wie viele Stuttgart-Supporter angereist statt und wie stark sie mit den einheimischen Fans durchmischt wurden. Als ers-

Korrekt

Im Artikel «Economiesuisse fordert: Private sollen Strassen und Schienen mitfinanzieren» auf der Frontseite der BaZ vom 10. Oktober ist uns ein Fehler unterlaufen: Der ETH-Professor, der im Auftrag des Verkehrsministers ein Zukunftskonzept vorgeschlagen hat, heisst Ulrich Weidmann – und nicht Andreas Weidmann, wie es im Artikel fälschlich heisst. (red)

te Konsequenz soll künftig ein grosser Teil des Sektors B für auswärtige Gäste reserviert werden, zum Leidwesen der dortigen Saisonkartenbesitzer, die ihre Plätze räumen müssten. Mein Sohn und ich, langjährige Clubmitglieder, haben unsere Plätze im Sektor B/Balkon gewählt und wurden bereits mehrfach umplaziert, unter anderem bei Hochrisikospiele in der Super League. Meiner Meinung nach ist dieses Vorgehen auf Kosten der treuen Fans nicht zielführend. Besser wäre, weniger Tickets an generische Clubs abzugeben, das Stadion würde trotzdem voll.
Roger Gautschi, Muttenz

Ausgabe vom 11. Oktober
«Gaza-Aktivistin: «Sie wollten uns demütigen»»

Aktivismus-Inszenierung
Ein ganzseitiges Interview mit einer Gaza-Aktivistin – das hätte sich die BaZ sparen können. Die Aktivistin sagt im Wesentlichen dasselbe, was alle anderen, einschliesslich Greta, schon erzählt haben. Ihre Aussagen wirken auswendig gelernt. Offenbar wurden diese Leute genau darauf getrimmt, was sie zu sagen haben. Sie berichten, man habe sich auf eine gemeinsame Sprache geeinigt und vereinbart, alle Handys ins

Meer zu werfen, sobald die Israelis sie festsetzen. Wo bleibt da der Umweltschutz? Wozu diese Aktion? Vermutlich, damit sich nicht mehr nachvollziehen lässt, wer die eigentlichen Drahtzieher sind. Weiter erzählen sie, sie hätten trainiert, wie sie sich verhalten sollen, und seien zu zwölf in einer Zelle gewesen. Was hat sie denn erwartet? Ein First-Class-Hotelzimmer? Das EDA hat zudem ausdrücklich davor gewarnt, an dieser Aktion teilzunehmen, und betont, dass jeder, der es dennoch tut, dies auf eigene Gefahr macht und die Rückkehr selbst bezahlen muss. Angeblich wurde der Aktivistin der Job wegen kritischer Gaza-Äusserungen entzogen. Diese Äusserungen müssen massiv gewesen sein – nur so wird man nicht einfach entlassen.
Lea Plüss, Rheinfelden

Ausgabe vom 10. Oktober
«Experten befürworten Rheintunnel – und erteilen Herzstück eine Abfuhr»

Herzstück: Schickliche Beerdigung
Vor ziemlich genau elf Jahren organisierten mein Basista-Grossratskollege Urs Müller und ich – was für ein Duo – das Referendum gegen den Planungskredit für das Herz-

stück. Leider erfolglos, praktisch das gesamte politische Basel stand in kollektiver «ÖV-Besoffenheit» gegen uns. Nach unzähligen neuen Varianten, wiederholten Absagen aus Bundesbern und dem ständigen Wechsel zwischen Euphorie und Ernüchterung steht das Vorhaben nach dem jüngsten Bericht aus Bern nun wohl vor dem endgültigen Aus oder wird zumindest auf eine Bank geschoben, deren Länge Putins Schreibtisch bei weitem übertrifft. Glaubt mir, es macht keinen Spass, jetzt sagen zu müssen: «Seht, wir hatten recht.» Schade um all das seither verkochte Steuergeld. Lasst uns dieses alles andere als herzige «Herzstück» nun endlich einer schicklichen Beerdigung zukommen lassen.
André Auderset, Alt-Grossrat LDP, Basel

Ausgabe vom 14. Oktober
««Sonst wird das Autofahren wieder attraktiver»»

Freiheit auf vier Rädern
Frau Keller möchte, dass Autos nicht mehr attraktiv sind. Dass ein Auto ein wertvolles Hilfsmittel für Gehbehinderte, ältere Menschen oder zum Einkauf sein kann und Freiheiten bietet, die weder ÖV noch Taxis ersetzen können, scheint ihr,

wohl aufgrund ihres Jahrgangs und ihrer parteipolitischen Sozialisation, fremd zu sein. In Basel wird offenbar nur für sportliche, jüngere Bürger gesorgt. Parkplätze für das eigene Auto verschwinden zugunsten von Cargo-Velos und Velostellplätzen, die in alternen Quartieren oft leer bleiben. Ältere Menschen sollen offenbar kein Recht mehr auf ein Minimum an freier Mobilität haben. Doch Basel ist überaltert. Als Regierungsrätin hat Frau Keller für alle Mitbürger zu sorgen, auch für jene, die nicht mehr so sportlich und beweglich sind. Ein Auto kann, gerade bei eingeschränkter Mobilität, ein wunderbares Gefühl von Freiheit vermitteln. Geben Sie auch diesem Gefühl Raum. Danke.
Catherine Wehren Staehelin, Basel

Schreiben Sie uns, Ihre Meinung ist uns wichtig

Wir bedanken uns für Ihre Zuschrift und bitten um Verständnis, dass die Redaktion eine Auswahl trifft und Kürzungen ohne Rücksprache vornimmt. Es wird keine Korrespondenz geführt. Für Leserbriefe füllen Sie bitte das Formular auf dieser Webseite aus:
www.bazonline.ch/leserbriefe